



Dokumentation

Nationalparlamentarier aus Fulda

(aktualisierte Fassung des Auftrags WD 1 – 261/08)

Nationalparlamentarier aus Fulda
(aktualisierte Fassung)

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 024/21

Abschluss der Arbeit: 10. Januar 2022

Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung	4
2.	Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49	7
3.	Mitglieder des Reichstags 1871 – 1918	7
4.	Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung und des Reichstags 1919 – 1933	9
5.	Mitglieder des Bundestags seit 1949	11
6.	Biographien der Nationalparlamentarier aus Fulda	14
6.1.	Valentin Joseph Werthmüller	14
6.2.	Franz Rang	15
6.3.	Franz Joseph Herrlein	16
6.4.	Clemens Graf-Comte Droste zu Vischering	17
6.5.	Richard Müller	18
6.6.	Karl Herold	19
6.7.	Friedrich Weinhausen	21
6.8.	Josef Becker	22
6.9.	Franz Wieber	23
6.10.	Wilhelm Frank	24
6.11.	Karl Herbert	25
6.12.	August Fleck	26
6.13.	Curt von Ulrich	27
6.14.	Heinrich Vetter	28
6.15.	Thea Arnold	30
6.16.	Hermann Götz	31
6.17.	Anton Sabel	33
6.18.	Anton (Valentin) Storch	34
6.19.	Eckhard (Friedrich Werner) Reith	36
6.20.	Cläre Schmitt, geb. Fauz	37
6.21.	Wendelin Enders	38
6.22.	Hanna Walz, geb. Kegel	39
6.23.	Günther Wuttke	40
6.24.	Alfred Dregger	41
6.25.	Barbara Weiler	41
6.26.	Norbert Herr	44
6.27.	Barbara Imhof, geb. Schulze	45
6.28.	Martin Hohmann	46
6.29.	Michael Brand	47
6.30.	Birgit Kömpel	48
6.31.	Martin Rabanus	49
6.32.	Jürgen Lenders	51

1. Vorbemerkung

In der vorliegenden Dokumentation sind die Daten zu den Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, des Norddeutschen Reichstags und des Reichstags (1867 bis 1945) sowie des Deutschen Bundestages zusammengestellt, die in Fulda geboren und / oder gewählt wurden. Sofern die verfügbaren Quellen die entsprechenden Informationen enthalten, werden auch die Abgeordneten genannt, die in Fulda wohnten oder noch wohnen. Der Wohnort war als Auswahlkriterium insbesondere für die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik maßgebend, weil es zwischen 1919 und 1933 keine Direktwahlkreise (wie im Kaiserreich oder in der Bundesrepublik) gab. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik wurden nach einem reinen Verhältniswahlrecht gewählt. Das Reichsgebiet wurde dabei in 35 Wahlkreise unterteilt, deren Größe den heutigen Regierungsbezirken oder kleineren Bundesländern entsprach. Für diese stellten die Parteien und Wahlvereinigungen jeweils Listen mit mehreren Kandidaten (Kreiswahlvorschläge) auf. Für jeweils erzielte 60.000 Stimmen wurde den einzelnen Listen ein Mandat zugeteilt; die bei der Mandatzuteilung für die einzelnen Listen nicht berücksichtigten Stimmen (sog. Reststimmen) wurden für die Mandatzuteilung auf zwei höheren regionalen Einheiten (Wahlkreisverbände, Reichsebene) berücksichtigt.

Während die biographischen Daten der Nationalversammlungs-, Reichstags-, und Bundestagsabgeordneten bis 2002 über Datenbanken und biographische Handbücher relativ gut erschließbar sind, ist die Identifikation von Bundestagsabgeordneten, die in Fulda wohnten, aber nicht das dortige Direktmandat gewannen, seit 2002 schwierig, weil die Wohnorte von Abgeordneten nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament aus Datenschutzgründen in der Abgeordnetendatenbank des Deutschen Bundestages gelöscht werden. Auch die Recherche nach den Wohnorten der noch aktiven Bundestagsabgeordneten ist aus Datenschutzgründen nur eingeschränkt möglich.

Quellengrundlage der in dieser Dokumentation enthaltenen biographischen Angaben sind in erster Linie die biographischen Standardwerke und Datenbanken der Mitglieder deutscher nationaler Parlamente seit 1848. Die in diesen Quellen präsentierten biographischen Texte wurden in der vorliegenden Dokumentation in angepasster Form übernommen.¹ Im Bedarfsfall wurden diese Texte mit Informationen aus weiteren Quellen ergänzt. Eine Übersicht über die jeweils verwendeten Quellen kann den Quellenangaben zu den jeweiligen Biographien entnommen werden.²

Von den insgesamt 32 identifizierten Nationalparlamentariern und Nationalparlamentarierinnen, die in Fulda geboren wurden, hier wohnten oder gewählt wurden, gehörte ein Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/1849 an, sechs dem Norddeutschen Reichstag (1867-1871) bzw. dem kaiserlichen Reichstag (1871-1918), zehn der Deutschen Nationalversammlung (1919-1920) bzw. dem Weimarer Reichstag (1920-1945) sowie 18 dem Deutschen Bundestag

1 Deshalb wird empfohlen bei Zitierung von in dieser Dokumentation enthaltenen biographischen Informationen stets auch auf die jeweiligen Originalquellen zu verweisen.

2 Wenn Zeitangaben zu einer biographischen Information aus den verfügbaren Quellen nicht exakt erschlossen werden konnten, wurden hilfsweise die Daten genannt, für die das Vorliegen des jeweiligen biographischen Sachverhalts in den Quellen sicher nachgewiesen werden konnte. Um zu verdeutlichen, dass es sich bei diesen Daten um Zeitangaben handelt, die in den Quellen nicht genau belegt sind, sind diese „ungesicherten“ Zeitangaben in spitze Klammern (<>) gesetzt worden. Demzufolge können die tatsächlichen Anfangs- bzw. Enddaten für die betreffenden Informationen vor bzw. nach den hier vorgenommenen Zeitangaben liegen.

(seit 1949) an. Drei Abgeordnete des kaiserlichen Reichstags mit Fulda-Bezug gehörten auch der Weimarer Nationalversammlung bzw. dem Weimarer Reichstag an.

Bis zur ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestages konnte keine weibliche Abgeordnete identifiziert werden, die in Fulda geboren oder gewählt wurde oder dort lebte. Im Deutschen Bundestag gab es bis 2021 sechs Parlamentarierinnen mit einem entsprechenden Bezug zu Fulda. Unter den Bundestagsabgeordneten mit Fulda-Bezug kommen sie damit auf einem Anteil von 33 Prozent. Vier der bisherigen Parlamentarierinnen waren SPD-Mitglieder, jeweils eine Abgeordnete gehörte der Zentrumsparterie und der CDU an.

Die stark katholische Prägung der Region um Fulda spiegelt sich auch in der Religionszugehörigkeit der von hier kommenden Nationalparlamentarier und -parlamentarierinnen: mit 21 Abgeordneten (rd. 66 Prozent) war bzw. ist die überwiegende Mehrheit der Fuldaer Abgeordneten katholisch, sechs Abgeordnete waren oder sind evangelisch. Zu fünf Abgeordneten aus der Region gab es keine Konfessionsangabe. Seit 1867 haben mit Ausnahme des derzeitigen (evangelischen) Direktkandidaten Michael Brand ausschließlich katholische Kandidaten den Fuldaer Wahlkreis gewonnen.

Von ihrer politischen Ausrichtung her überwiegen in der hier zusammengestellten Liste Politikerinnen und Politiker aus dem christlich-katholischen Lager. Der im Wahlkreis Fulda-Schlüchtern in den Norddeutschen Reichstag gewählte Abgeordnete Franz Rang war Mitglied der Fraktion Freie Vereinigung, einem Zusammenschluss von katholischen und (unabhängigen) liberalen Abgeordneten, die in Opposition zur Politik Bismarcks standen und die von ihm favorisierte „kleindeutsche Lösung“ (Vereinigung der deutschen Einzelstaaten zum Deutschen Reich unter preußischer Führung bei Ausschluss der Habsburgermonarchie) ablehnten. Nach Gründung der Zentrumsparterie 1870 verließen die katholischen Mitglieder die Fraktion und schlossen sich der neugegründeten parteipolitischen Vertretung des politischen Katholizismus an. Auch wenn keine entsprechenden Angaben hierzu vorliegen, ist davon auszugehen, dass auch Franz Rang Mitglied der Zentrumsparterie war bzw. dieser Partei nahestand. Im kaiserlichen Reichstag wurde der Wahlkreis Fulda ausschließlich von Abgeordneten der Zentrumsparterie vertreten. Nur ein Abgeordneter mit Fulda-Bezug, Friedrich Weinhausen, war als Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) Vertreter der linksliberalen Richtung. Weinhausen, der neun Jahre lang das Gymnasium in Fulda besucht hatte, gewann sein Reichstagsmandat nicht im Wahlkreis Kassel-Fulda, sondern in Danzig. Der Charakter Fuldas als Hochburg des politischen Katholizismus wird auch dadurch unterstrichen, dass sechs der zehn Weimarer Reichstagsabgeordneten mit Fulda-Bezug ebenfalls der Zentrumsparterie angehörten. Der bereits genannte (linksliberale) DDP-Abgeordnete Friedrich Weinhausen errang auch sein Mandat in der Weimarer Nationalversammlung nicht im (Groß-) Wahlkreis Kassel-Fulda, sondern im (Groß-) Wahlkreis Westpreußen. Von den drei Reichstagsabgeordneten der Nationalen Front (NF) bzw. der NSDAP hatte nur Curt von Ulrich ein Mandat für diesen Wahlkreis innegehabt (von 1932 bis 1936). Auch nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg blieb die Ausrichtung der Stadt Fulda (und ihres Umlands) als stark christlich (-katholisch) geprägte konservativ-bürgerliche Wahlregion zumindest in Hinblick auf ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter im Deutschen Bundestag erhalten: Alle fünf (männlichen) Bundestagsabgeordneten, die bis heute das Direktmandat im Wahlkreis Fulda gewonnen haben, waren bzw. sind Mitglieder der CDU. (Da Martin Hohmann 2003 aus der CDU/CSU Bundestagsfraktion und 2004 aus der CDU ausgeschlossen wurde, wurde der Fuldaer Wahlkreis allerdings vorübergehend bis 2005 von einem fraktions- und parteilosen Abgeordneten im Bundestag repräsentiert). Insgesamt gehörten zehn der 18 Bundestagsabgeordneten mit Fulda-Bezug der CDU an (rd. 56 Prozent). Bundestagsabgeordnete anderer Parteien mit Fulda-Bezug (für die SPD 6

Abgeordnete, die FDP 2 Abgeordnete, Zentrum und AFD jeweils 1 Abgeordneter) zogen entweder aufgrund eines gewonnenen Direktmandats in anderen Wahlkreisen oder über die Landeslisten ihrer Parteien in den Deutschen Bundestag ein.

2. Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49

lfd. Nr.	Name	Mandatsdauer	Fraktion	Wahlkreis	Bemerkungen
1	Valentin Joseph Werthmüller	05/1848 – 05/1849	fraktionslos	Wahlkreis 9 in Kurhessen (Fulda)	

3. Mitglieder des Reichstags 1871 – 1918

lfd. Nr.	Name	Mandatsdauer	Fraktion	Wahlkreis	Bemerkungen
2	Franz Rang	02/1867 – 03/1871	Freie Vereinigung	Wahlkreis 7 (Kassel-Fulda)	
3	Franz Joseph Herrlein	03/1871 – 01/1879	Zentrum	Wahlkreis 7 (Kassel-Fulda)	10.01.1879 Mandatsniederlegung
4	Clemens von Droste zu Vischering	3/1879 - 06/1893	Zentrum	Wahlkreis 7 (Kassel-Fulda)	am 08.03.1879 für Franz Joseph Herrlein nachgewählt
5	Richard Müller	06/1893 – 06/1898	Zentrum	Wahlkreis 7 (Kassel-Fulda)	
		06/1898 – 06/1903	Zentrum	Wahlkreis 1 (Wiesbaden)	
		06/1903 – 11/1918	Zentrum	Wahlkreis 7 (Kassel-Fulda)	

6	Karl Herold	6/1898 - 6/1903	Zentrum	WK Kassel 7 (Fulda-Gersfeld-Schlüchtern)	
		6/1903-11/1918	Zentrum	WK Münster 1 (Tecklenburg-Steinfurt-Ahaus)	
7	Friedrich Weinhausen	1/1912-11/1918	FVP	WK Danzig 3 (Danzig-Stadt)	

4. Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung und des Reichstags 1919 – 1933

Ifd. Nr.	Name	Mandatsdauer	Fraktion	Wahlkreis	Bemerkungen
8	Josef Becker	1/1919-6/1920	Zentrum	WK 19 (Hessen-Nassau)	
6	Karl Herold	1/1919-6/1920	Zentrum	WK 17 (Münster-Minden-Lippe)	
		06/1920-5/1924	Zentrum	WK 19 (Westfalen-Nord)	
		05/1924-1/1931	Zentrum	WK 17 (Westfalen-Nord)	
5	Richard Müller	1/1919-1/1920	Zentrum	WK 19 (Hessen-Nassau)	Mandatsniederlegung
7	Friedrich Weinhausen	1/1919-6/1920	DDP	WK 2 (Westpreußen)	
		6/1920-2/1921	DDP	WK 1 (Ostpreußen)	Mandatsniederlegung
9	Franz Wieber	1/1919-6/1920	Zentrum	WK 23 (Düsseldorf 2)	
		6/1920-5/1924	Zentrum	WK 26 (Düsseldorf West)	
		5/1924-3/1933	Zentrum	WK 23 (Düsseldorf West)	
10	Wilhelm Frank	3/1920-6/1920	Zentrum	WK 19 (Hessen-Nassau und Waldeck)	
11	Karl Herbert	6/1920-5/1924	Zentrum	WK 21 (Hessen-Nassau)	
12	August Fleck	5/1924-12/1924	NF	Reichswahlvorschlag	

13	Curt von Ulrich	9/1930-7/1932	NSDAP	Reichswahlvorschlag	
		7/1932-3/1936	NSDAP	WK 19 (Hessen-Nassau)	
		3/1936-5/1945	NSDAP	WK 10 (Magdeburg)	
14	Heinrich Vetter	9/1930-5/1945	NSDAP	WK 18 (Westfalen Süd)	

5. Mitglieder des Bundestags seit 1949

Ifd. Nr.	Name	Mandatsdauer	Fraktion	Wahlkreis	Bemerkungen
15	Thea Arnold	1949-1953	Zentrumspartei	Landesliste NRW	seit 14.12.1951 Föderalistische Union; seit 9.12.1952 fraktionslos
16	Hermann Götz	1949-1957	CDU	Landesliste Hessen	
		1957-1976	CDU	Wahlkreis 134 (Fulda)	
17	Anton Sabel	1949-1957	CDU	Wahlkreis 9 (ab 1953 WK 134) (Fulda)	Mandatsniederlegung am 16.9.1957; 1957 über Landesliste gewählt, Mandat aber abgelehnt
18	Anton Storch	1949-1965	CDU	Wahlkreis 6 bzw. 28 (Osnabrück-Stadt und -Land)	
19	Eckhard Reith	1957-1961	CDU	Landesliste Hessen	
20	Cläre Schmitt	1957-1961	CDU	Landesliste Hessen	
21	Wendelin Enders	1965-1969	SPD	Landesliste Hessen	für den ausgeschiede- nen MdB Edwin Zerbe nachgerückt
		1969-1983	SPD	Wahlkreis 130 (Hersfeld)	

		1983-1987	SPD	Landesliste Hessen	
22	Hanna Walz	1969-1980	CDU	Landesliste Hessen	
23	Günther Wuttke	1969-1983	SPD	Landesliste Hessen	
24	Alfred Dregger	1972-1976	CDU	Landesliste Hessen	
		1976-1998	CDU	Wahlkreis 134 bzw. 132 (Fulda)	
25	Barbara Weiler	1987-1994	SPD	Landesliste Hessen	legte am 14.8.1994 ihr Mandat nieder
26	Norbert Herr	11/1993-1994	CDU	Landesliste Hessen	für den verstorbenen MdB Richard Bayha nachgerückt
27	Barbara Imhof	1994-2002 seit 7/2005	SPD	Landesliste Hessen	am 5.7.2005 für den ausgeschiedenen MdB Walter Hoffmann nachgerückt
28	Martin Hohmann	1998-2005	CDU - fraktionslos	Wahlkreis 132 (Fulda)	seit 14.11.2003 fraktionslos
		2017-2021	AFD	Landesliste Hessen	
29	Michael Brand	seit 2005	CDU	Wahlkreis 176 (Fulda)	
30	Birgit Kömpel	2013-2017	SPD	Landesliste Hessen	

31	Martin Rabanus	2013-2021	SPD	Landesliste Hessen	
32	Jürgen Lenders	seit 2021	FDP	Landesliste Hessen	

6. Biographien der Nationalparlamentarier aus Fulda

6.1. Valentin Joseph Werthmüller

Geboren am 23.5.1799 in Fulda, gestorben am 16.4.1882 in Fulda.

Katholisch; 1817-1821 Studium der Rechtswissenschaft in Marburg und Göttingen.

1821-1833 Gerichtsreferendar, dann Gerichtsassessor am Oberhofgericht in Fulda, seit 1833 Oberappellationsgerichtsrat, zunächst in Rinteln, vor 1848 in Fulda (1850 Amtssuspendierung, später Wiedereinsetzung); Ruhestand in Fulda.

1831 und 1847-49 Mitglied der Kurhessischen Ständeversammlung, 1833 wurde ihm die Übernahme eines Mandats in der kurhessischen Ständeversammlung verweigert; im April 1848 führende Teilnahme an Protestdemonstrationen gegen die kurhessische Regierung; seit April 1848 Volksrat in Fulda; 1850 Amtssuspendierung wegen revolutionärer Umtriebe.

Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung:
18.Mai1848 bis 30.Mai1849; Wahlkreises 9. Kurhessen (Fulda); fraktionslos (stimmte mit dem Linken Centrum).

Quelle: Best, Heinrich/Weege, Wilhelm (1996). Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Düsseldorf: Droste, S. 356.

Kein Bild

6.2. Franz Rang

Geboren am 18.7.1831 in Fulda, gestorben am 10.10.1893 in Kassel.

Katholisch; Sohn eines Obergerichtsreferendars; Volksschule in Amöneburg; 1840-1850 Gymnasium in Marburg; 1850-1854 Jurastudium in Marburg und Bonn.

Seit 1854 Gerichtsreferendar am Obergericht und im Justizamt I in Fulda; Bürgermeister, seit 1862 Oberbürgermeister in Fulda.



1868-1892 Kurhessischer Kommunallandtag bzw. Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau; 1890 Mitbegründer des Hessischen Städtetags; 1892 Mitbegründer des Sparkassenverbands.

Mitglied des Norddeutschen Reichstages:

Februar 1867 bis März 1871; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Schlüchtern); Freie Vereinigung.

Quellen: Schwarz, Max (1965). MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, S. 431; Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021].

6.3. Franz Joseph Herrlein

Geboren am 28.2.1818 in Sieberts/Kreis Fulda, gestorben am 31.7.1890 in Margaretenhaun bei Fulda.

Katholisch; Besuch des Gymnasiums in Fulda, landwirtschaftliche Ausbildung; Kriegsteilnehmer; verheiratet.

Gutsbesitzer in Margaretenhaun.

Seit 1849 Bezirksrat in Fulda; 1852-1867 2. Kammer des Kurhessischen Landtags bzw. der kurhessischen Ständeversammlung; 1867 Preußisches Abgeordnetenhaus (1870 Gründungsmitglied der Zentrumsfraktion).

Mitglied des Reichstages:

März 1871 bis 10.01.1879; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Schlüchtern); Zentrumspartei; Mandat niedergelegt am 08.03.1879 (Nachwahl von Clemens von Droste zu Vischering).

Kein Bild

Quellen: Schwarz, Max (1965). MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, S. 345; Haunfelder, Bernd (1990). Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf: Droste Verlag, S. 179; Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021].

6.4. Clemens Graf-Comte Droste zu Vischering

Geboren am 14.8.1832 in Münster, gestorben am 20.8.1923 auf Schloss Darfeld (Westfalen).

Katholisch; Sohn eines Rittergutsbesitzers und Politikers; Gymnasium; studierte Jura in Bonn und Berlin sowie Forstwissenschaft an der Forstakademie Tharandt.



Clemens Graf Droste zu Vischering, Erbdroste Darfeld i. W.

Fideikommissbesitzer und Erbdroste in Darfeld; 1851 päpstlicher Geheimekämmerer; 1865-1873 Ehrenamtmann, Landrat und Amtsvorsteher des Amtes Darfeld im Kreis Coesfeld; während des Kulturkampfes setzte sich Droste zu Vischering vehement für die Rechte des abgesetzten Bischofs von Münster Johannes Bernhard Brinkmann ein; er wurde deshalb seines Postens enthoben und strafrechtlich belangt; 1870/71 Kriegsteilnehmer.

Seit 1874 Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken; 1898-1920 Präsident der Deutschen Katholikentage; Ehrenritter des Malteserordens.

1862, 1864-1885, 1892 Westfälischer Provinzial-Landtag; 1863-1966 Erste Kammer des Hannoverschen Landtags; 1901-1918 Preußisches Herrenhaus; 1914-1918 Preußisches Herrenhaus.

Mitglied des Reichstags:

8.3.1879 bis Juni 1893; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Schlüchtern); Zentrumspartei.

Quellen: Schwarz, Max (1965). MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, S. 300; Haunfelder, Bernd (1990). Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf: Droste Verlag, S. 146; Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021]; Organisationsausschuss des Katholikentags (1903). Festschrift Deutscher Katholikentag, Köln. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=23274012> [Stand 9.12.2021].

6.5. Richard Müller

Geboren am 6.10.1851 in Fulda, gestorben am 13.11.1931 in Fulda.

Katholisch; Sohn eines Kommerzienrats und Fabrikbesitzers; 1858-1860 Volksschule; 1866-1868 Kaufmannslehre im elterlichen Betrieb in Fulda; seit 1869 Technische Schule in Reutlingen.

1870-1874 kaufmännischer Angestellter in Fabriken im In- und Ausland; 1874-1890 Fabrikbesitzer in Fulda, 1890-<1898> Teilhaber an Fabriken; 1890-<1922>³ Rentier in Fulda; <1929> Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglied mehrerer Bergwerksgesellschaften; <1929> Aufsichtsratsmitglied der Vereinigten Schuhstoff-Fabriken in Fulda.



1878-1880 stellvertretender Stadtrat in Fulda; 1880-1901 Stadtrat in Fulda; 1880-1893 Mitglied im Bürgerversammlung Fulda; <1907-1912> Kreistagsmitglied in Fulda; 1910-<1919> Kreisdeputierter in Fulda.

Mitglied des Reichstages:

Juni 1893 bis Juni 1898; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Gersfeld-Schlüchtern); Zentrumspartei; seit 1894 Budgetkommission.

Juni 1898 bis Juni 1903; Wahlkreis Wiesbaden 1 (Wiesbaden-Obertaunus), Zentrumspartei;

Juni 1903 bis November 1918; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Schlüchtern-Gersfeld); Zentrumspartei. Politischer Ziehvater des späteren Reichsfinanzministers Matthias Erzberger.

Mitglied der Weimarer Nationalversammlung:

Januar 1919 bis 31.1.1920; Wahlkreis 19 Hessen-Nassau; Zentrumspartei; Mandat niedergelegt.

Quellen: Schwarz, Max (1965). MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, S.409; Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021]; Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=612517> [Stand 9.12.2021].

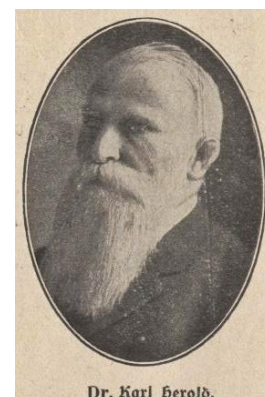
3 Zu der Bedeutung der spitzen Klammern siehe Fußnote 2.

6.6. Karl Herold

Geboren am 20. Juli 1848 auf Gut Loevenlinkloe bei Münster, gestorben am 13. Januar 1931 auf Gut Loevenlinkloe.

Katholisch; Sohn eines Gutsbesitzers und Professors für pharmazeutische Botanik; bis <1867> Gymnasium in Münster (Westf.); 1867-1868 Landwirtschaftsstudium) in Halle an der Saale; <1868-1870> landwirtschaftliche Ausbildung auf mehreren Gütern in Westfalen und im Königreich Sachsen; verh. (1879).

1870 Übernahme und bis <1931> Bewirtschaftung des elterlichen Guts Loevenlinkloe. 1912 Mitgründer der Baumwollspinnerei Bartmann & Sohn GmbH in Wegberg.



1882-1924 Mitglied der Amts-und Gemeindevertretung in Amelsbüren (Krs. Münster in Westf.); 1887-1919 Mitglied des Kreis Ausschusses in Münster (Westf.); 1887-1921 Mitglied des Kreistags in Münster (Westf.); 1889-1928 Erster Beigeordneter des Amts Mauritz; 1900-Nov. 1918 Erster stellvertr. Vorsitzender der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus, 1919-1928 im preußischen Landtag; 1903-1930 Mitglied, seit 1921 Altersvorsitzender des westfälischen Provinziallandtags in Münster (Westf.); 1906-<1930> Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei; 1909 Präsident der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Breslau; <1919-1930> Vorstandsmitglied des Volksvereins für das kath. Deutschland; Alterspräsident des preußischen Landtags; <1920-1930> Ehrenvorsitzender der deutschen Zentrumspartei; <1923> Alterspräsident des Reichstags; <1924-1930> Mitglied im Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands; <1928-1930> Ehrenvorsitzender der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag; <1928-1930> Ehrenvorsitzender des Reichsparteivorstands und der Zentrumsfraktion im Reichstag; Ehrenmitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung, Kreisvereinigung Münster (Westf.); 1881-1900 Vorsitzender, 1900-<1930> Ehrenvorsitzender des landwirtschaftlichen Vereins Amelsbüren-Hiltrup; 1884-<1924> Vorstandsmitglied, <1928-1930> Ehrenmitglied des westfälischen Bauernvereins; 1889-1931 Ausschussmitglied des Verbands ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen; 1892-<1930> Direktor des landwirtschaftlichen Vereins für den Kreis Münster (Westf.); 1898-<1930> Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen; 1898-<1930> Vorstandsmitglied des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts-und Heimatpflege; 1899-<1930> Aufsichtsratsmitglied der westfälischen Zentralgenossenschaften; 1901-1920 Direktor, 1920-1931 Ehrendirektor des Meierei-Verbands für Westfalen, Lippe und Waldeck; 1904-<1930> Vorstandsmitglied des Verbandes Arbeiterwohl; 1906-1919 Direktor, 1919-<1930> Ehrendirektor des landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Münster (Westf.); <1907> Ausschussmitglied des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften; <1907-1912> Mitglied des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen; <1912-1919> Beiratsmitglied der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Preußen; <1912> Ausschussmitglied des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften; 1921-1928 Altersvorsitzender, seit 1928 Ehrenvorsitzender der Ländlichen Zentralkasse eGmbH in Münster (Westf.); <1912> Landesökonomierat; Juli 1928 Ehrendoktor (Dr.phil.h.c.) der Universität Münster, Ehrendoktor (Dr.agr.h.c.) der LH Hohenheim; Ehrenbürger der Gemeinde Amelsbüren.

Mitglied des Reichstags:

Juni 1898-Juni 1903; Wahlkreis Kassel 7 (Fulda-Gersfeld-Schlüchtern); Zentrumsparlei;

Juni 1903-Nov. 1918; Wahlkreis Münster 1 (Tecklenburg-Steinfurt-Ahaus); Zentrumsparlei.

Mitglied der Weimarer Nationalversammlung:

Jan. 1919-Juni 1920; Wahlkreis 17 (Münster-Minden-Lippe); Zentrumspartei; Mitglied des Reichshaushaltsausschusses und des Volkswirtschaftsausschusses.

Mitglied des Reichstags:

Juni 1920-Mai 1924; Wahlkreis 19 (Westfalen-Nord); Zentrumspartei; Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses, des Ausschusses für Steuerfragen und des Überwachungsausschusses; Mai 1924-Jan. 1931; Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord); Zentrumspartei; Mitglied des Ausschusses für Steuerfragen.

Quellen: Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021]; Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Steyler Missionare. Stadt Gottes, Jahrgang 1922. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=17449701> [Stand 9.12.2021].

6.7. Friedrich Weinhausen

Geboren am 19.7.1867 in Mörshausen (Krs. Melsungen, Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 28.8.1925 in Berlin.

Evangelisch; Sohn eines Landwirts; Volksschule; 1879-1888 Gymnasium in Fulda; 1888-1889 Militärdienst; 1889-1893 Studium (Theologie) in Marburg; 1894 theologisches Examen in Marburg; verh. (1898).

Seit 1895 Redakteur der von Friedrich Naumann herausgegebenen nationalsozialen Zeitschrift "Die Hilfe" zunächst in Frankfurt am Main, bis 1903 in Berlin; 1903-1910 Redakteur der "Nation" in Berlin; 1911-<1920> Schriftsteller in Berlin; Verfasser zahlreicher politischer und sozialpolitischer Zeitschriftenaufsätze und Zeitungsartikel.



1902-1908 Gemeinderat in Steglitz; 1903-März 1910 Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung, seit März 1910 der Fortschrittlichen Volkspartei; 1913-1918 Preußisches Abgeordnetenhaus; bis <1919> parlamentarischer Berater der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker); Mitglied im Verein für Sozialpolitik; Mitglied der Gesellschaft für Sozialreform; Mitglied im Verein für Reichswohnungsreform.

Mitglied des Reichstags:

Jan. 1912-Nov. 1918 Wahlkreis Danzig 3 (Danzig-Stadt); Fortschrittliche Volkspartei.

Mitglied der Weimarer Nationalversammlung;

Jan. 1919-Juni 1920 Wahlkreis 2 (Westpreußen); Deutsche Demokratische Partei; Mitglied des Reichshaushaltsausschusses und Vorsitzender des Ausschusses für soziale Angelegenheiten.

Mitglied des Reichstags;

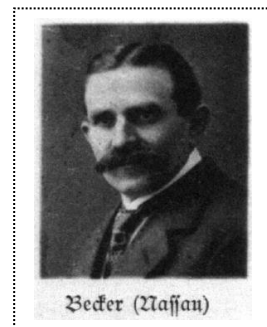
Juni 1920-Febr. 1921; Wahlkreis 1 (Ostpreußen); Deutsche Demokratische Partei; Mandatsniederlegung; Mitglied des Ausschusses für soziale Angelegenheiten.

Quellen: Die Abgeordneten des Norddeutschen Reichstages, des Zollparlaments und der Deutschen Reichstage 1867-1918 (BIORAB-KAISERREICH-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabkr.htm> [Stand 24.11.2021]; Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021].

6.8. Josef Becker

Geboren am 8.9.1875 in Großenlüder (Krs. Fulda, Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 5.4.1937 in Berlin.

Katholisch; Sohn eines Maurers; 1882-1889 Volksschule in Großenlüder; 1890-1893 Maurerlehre in Gelsenkirchen; Wanderschaft (D, NL, B, F, CH, A, SU); verh.



Bis 1902 Maurergeselle; (christlicher) Bauarbeiterverband, Windthorstbund; 1903-1907 Bezirksleiter des Bauarbeiterverbands in Frankfurt am Main; 1907-1920 Redakteur des Verbandsorgans "Baugewerkschaft", seit 1914 auch des Jugendorgans "Der Führer" in Berlin, zugleich Mitglied im Hauptvorstand des Bauarbeiterverbands; 1915 Mitglied der Preisprüfungsstelle für das Deutsche Reich und Groß-Berlin, 1917 Mitglied der Zentralstelle beim Kriegsamt; 1917-1920 (nebenamtliches) Vorstandsmitglied der Deutschen Volksversicherung, April 1920-
<1933> geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Direktor der Deutschen Lebensversicherung AG; <1919-1922> Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform; Vorstandsmitglied, seit <1928> Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Volksbank AG (Essen), Versicherungsbeiratsmitglied des Aufsichtsamtes für Privatversicherung.

1908-<1920> Vorsitzender des (christlichen) Gewerkschaftskartells für Groß-Berlin; Mitglied des Haupttarifamtes für das Baugewerbe; 1914 Vorstandsmitglied des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen.

Mitglied der Weimarer Nationalversammlung:

Jan. 1919-Juni 1920; Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau); Zentrumspartei.

Quellen: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstages 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Bureau des Reichstags (1919). Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung – Weimar 1919. Berlin, S. 323. https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00000144_00002.html [Stand 9.12.2021].

6.9. Franz Wieber

Geboren am 24.3.1858 in Hünhan (Krs. Fulda, Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 30.4.1933 in Düsseldorf.

Katholisch; Sohn eines Landwirts; Volksschule in Hünhan; Formerlehre in Bochum; 1879-1882 Militärdienst.

1876, 1879-1899 und 1900-1901 Formergeselle; 1876-1879 und 1899-1900 arbeitslos.



Seit 1885 in der christl. Arbeiterbewegung aktiv; 1887 Begründer des christl. Fachvereins der Former und verwandter Berufsgenossen in Duisburg; Begründer mehrerer Fachvereine der Former und Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet; seit 1890 Mitglied im katholischen Arbeiterverein; 1898 Begründer der Tageszeitung "Echo am Niederrhein" in Duisburg; 1899 Mitbegründer, 1899-<1933> 1.Vorsitzender des christl. Metallarbeiterverbands in Duisburg; Dez. 1899-April 1900 arbeitslos wegen gewerkschaftlicher Betätigung; <1919-1932> Vorstandsmitglied des Gesamtverbands christlicher Gewerkschaften (GCG).

1909-<1924> Zentrums-Stadtverordneter in Duisburg; <1919-1924> Mitglied im Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei; Juni 1920-1933 Mitglied im vorläufigen Reichswirtschaftsrat (Arbeitnehmervertreter der Industrie).

Mitglied der Weimarer Nationalversammlung:

Jan. 1919-Juni 1920; Wahlkreis 23 (Düsseldorf 2); Zentrumspartei; Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses.

Mitglied des Reichstags:

Juni 1920-Mai 1924; Wahlkreis 26 (Düsseldorf West); Zentrumspartei; Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses;

Mai 1924-März 1933; Wahlkreis 23 (Düsseldorf West); Zentrumspartei; 1924-1928 Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses; 1932-1933 Ausschuss für die Wahrung der Rechte.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Büro des Reichstags (1919). Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung - Weimar 1919. Berlin. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=5101040> [Stand 9.12.2021].

6.10. Wilhelm Frank

Geboren am 25.6.1872 in Hilders (Krs. Gersfeld, Hessen-Nassau), gestorben am 1.7.1948 in Rotenburg a.d. Fulda (Hessen).

Kein Bild

Katholisch; Volksschule in Hilders; Maurerlehre; bis Okt. 1904 großer volkswirtschaftlicher Kursus beim Volksverein für das kath. Deutschland in München-Gladbach (jetzt: Mönchengladbach), zugleich Ausbildung im Volksbüro des Volksvereins in München-Gladbach; 1892-1894 Militärdienst.

Tätigkeit in der Landwirtschaft; bis 1904 Maurer in Dortmund; Okt. 1904-Sept. 1908 Leiter des Allgemeinen Volksbüros in Hamburg; Okt. 1908-<1919> Volksvereinssekretär in Fulda; Jan. 1910-<1919> Ausschussmitglied der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.

Seit 1919 Zentrums-Stadtverordneter und Kreistagsmitglied in Fulda; bis <1904 > 2.Vorsitzender der Freien Maurer-Innungskrankenkasse in Dortmund; <1919> Mitglied im Schlichtungsausschuss und Demobilisierungsausschuss in Fulda.

Mitglied des Reichstags:

März 1920-Juni 1920: Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau und Waldeck); Zentrumspartei.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021].

6.11. Karl Herbert

Geboren am 26.1.1883 in Zirkenbach (b. Fulda, Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 26.5.1949 in Zirkenbach.

Katholisch; Sohn eines Landwirts; 1889-1897 Volksschule in Johannesberg (Krs. Fulda); 1897-1902 Gymnasium in Fulda (Obersekundareife).

Seit 1902 Tätigkeit auf dem elterlichen Hof in Zirkenbach, bis <1922> Bewirtschaftung des elterlichen Hofes in Zirkenbach.

1909-1949 (nebenamtlicher) Bürgermeister in Zirkenbach; 1912-<1922> Kreistagsmitglied in Fulda; 1919-<1922> Hessisch-nassauischer Kommunallandtag in Kassel.

Mitglied des Reichstags:

Juni 1920-Mai 1924; Wahlkreis 21 (Hessen-Nassau); Zentrumspartei.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Büro des Reichstags (1920). Reichstags-Handbuch 1920. I. Wahlperiode. Berlin. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=5049452> [Stand 9.12.2021].



6.12. August Fleck

Geboren am 29.12.1885 in Fulda (Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 3.5.1978 in Hamburg.

Evangelisch; bis 1905 Gymnasium.

Seit 1905 Fahnenjunker bei der Infanterie; <1916-1918> Berufssoldat; Kriegsteilnehmer; 1916 Hauptmann; nach 1918 Tätigkeit im Bankgewerbe; Verfasser volkswirtschaftlichen und historischen Schriften.



Seit Mai 1924 -Stadtverordneter der Nationalen Front in Altona (b. Hamburg).

Mitglied des Reichstags:

Mai 1924-Dez. 1924; Reichswahlvorschlag; Nationale Front.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021; Büro des Reichstags (1924). Reichstags-Handbuch 1924, II. Wahlperiode. Berlin 1924. <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=5167266> [Stand 9.12.2021].

6.13. Curt von Ulrich

Geboren am 14.4.1876 in Fulda (Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 2.2.1946 in Fort Zinna (Krs. Torgau, Sachsen).

Evangelisch; Volksschule; Gymnasien in Hannover, Danzig und Wiesbaden; Kriegsakademie.

Sept. 1894-April 1920 Berufssoldat (Oberstleutnant); im Hessischen Garde-Drögoner-Regiment 23 in Darmstadt, höherer Adjutant im Generalstab, seit 1913 Eskadronchef im Husaren-Regiment Hessen-Homburg Nr.1; 1920-
<1933> schriftstellerische, organisatorische und soziale Aktivitäten; <1930-1933> wohnhaft in Kassel; Juni 1930-1933 SA-Generalinspekteur für Deutschland und Österreich; Juni 1933 SA-Obergruppenführer; Aug. 1933-<1943> preußischer Staatsrat; Dez. 1933-Febr. 1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen in Magdeburg.



1925 NSDAP und SA; 1926-1928 SA-Führer (vorübergehend auch SS- und HJ-Führer) der NSDAP-Gaue Hessen-Nassau Nord und Süd sowie des Gaues Hessen; NSDAP-Ortsgruppenleiter; Vorsitzender des NSDAP-Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchla) eines NSDAP-Gaues; Okt. 1928-1930 stellvertretender SA-Führer West.

Mitglied des Reichstags:

Sept. 1930-Juli 1932; Reichswahlvorschlag; NSDAP;

Juli 1932-März 1936; Wahlkreis 19 (Hessen-Nassau); NSDAP; 1932 Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten.

März 1936-Mai 1945 Wahlkreis 10 (Magdeburg); NSDAP.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Kienast, E. (1936). Der Deutsche Reichstag 1936, III. Wahlperiode. Berlin. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35419410> [Stand 9.12.2021].

6.14. Heinrich Vetter

Geboren am 10.9.1890 in Fulda (Prov. Hessen-Nassau), gestorben am 30.12.1969 in Wegerhoff (b. Halver, Westfalen).

Katholisch; Sohn eines Schuhmachers; Volksschule in Paderborn und Hohenlimburg; Okt. 1911-Sept. 1913 Militärdienst beim Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 in Berlin; 1914-1917 Kriegsteilnehmer beim Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 an der Westfront, zuletzt Feldwebel d. R., seit Januar 1917 wegen schwerer Verwundung nicht mehr kriegsdienstfähig; 1917 Kaufmannsschule (während eines Lazarettaufenthalts); 1919 als Kriegsdienstbeschädigter (60 %) aus dem Heeresdienst entlassen.



1904-1911 Fabrikarbeiter; 1913-1914 Steinbrucharbeiter in den Dolomitwerken in Hagen-Halden; Okt. 1917-Sept. 1930 Betriebsbeamter bei der Firma Funcke & Hueck in Hagen (Westf.); April 1933-1945 Oberbürgermeister in Hagen (bis April 1934 kommissarisch); seit 1951 Vertreter in Hagen, zuletzt in Wegerhoff wohnhaft.

1906-1908 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes; 1919-1924 DVP; 1923-1924 DVP-Stadtverordneter in Hagen; 1924-1925 Völkisch-Sozialer Block; April 1925 NSDAP (Mitgründer der NSDAP-Ortsgruppe Hagen); 1925-1926 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Hagen; 1926-1932 Leiter des NSDAP-Bezirks Lenne-Volme (Stadt- und Landkreise Hagen, Altena, Iserlohn und Lüdenscheid); 1929-1933 NSDAP-Stadtverordneter in Hagen; 1929-1932 Mitglied des westfälischen Provinziallandtags in Münster; 1932-1934 Kreisleiter von Hagen; 1932 NSDAP-Reichsredner; 1934-Okt. 1936 Gauinspekteur III der Gauleitung Westfalen-Süd der NSDAP; Mai bis Okt. 1936 Kreisleiter der NSDAP in Hagen; Okt. 1936-1945 stellvertretender Gauleiter des NSDAP-Gaues Westfalen-Süd; Okt. 1936- bis Nov. 1941 mit der Leitung des Gaus Westfalen-Süd der NSDAP beauftragt; 1936-1945 Mitglied im westfälischen Provinzialrat, Mitglied des Vorstands des Ruhrverbandes Essen; 1940-1945 Mitglied des Haushaltsausschusses für die Provinz Westfalen; <1943> Hauptdienstleiter; 1943 von Gauleiter Paul Giesler als "treuer Eckehard des Gaues" bezeichnet, jedoch zahlreiche Skandale, geplante Entlassung als stellvertretender Gauleiter durch den Einmarsch der US-Truppen im April 1945 verhindert; 1945 vor den anrückenden amerikanischen Truppen aus Hagen geflüchtet und auf einem Bauernhof bei Breckerfeld versteckt, am 24. Apr. 1945 dort von der britischen Militärverwaltung verhaftet, Apr. bis Mai 1945 im Untersuchungsgefängnis Hagen und im Internierungszentrum Lüdenscheid inhaftiert, Mai 1945 bis 1948 im britischen Internierungslager Civil Internment Camp Nr. 5 in Paderborn-Staumühle interniert, am 6. Nov. 1948 in einem zweitägigen Internierungsverfahren vor dem Hauptausschuss Hagen in die Kategorie III (Minderbelasteter) eingestuft, am 3. Dez. 1948 vom Spruchgericht Hiddesen zu vier Jahren und zwei Monaten Haft (unter Anrechnung der Internierungshaft) wegen Mitwisserschaft an der Verfolgung von Juden und politischen Gegnern verurteilt (die Reststrafe von einem Jahr musste Vetter nicht antreten, da kein Haftbefehl erlassen worden war); Mitte 1949 in einer Revisionsverhandlung zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt. Anfang 1952 wegen Bildung einer NSDAP-Nachfolgeorganisation erneut verhaftet, Nov. 1952 Verhaftung als Funktionär der rechtsextremen "Bewegung Reich", Apr. 1953 Verurteilung zu einer zweijährigen Haftstrafe, von der er nur wenige Wochen verbüßte, trat danach immer wieder als Mitwirkender in (von seiner zweiten Frau herausgegebenen) rechtsextremen Publikationen in Erscheinung.

Mitglied des Reichstags:

Sept. 1930-Mai 1945; Wahlkreis 18 (Westfalen Süd); NSDAP.

Quelle: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und der Deutschen Reichstage 1919-1933 (BIORAB-WEIMAR-Datenbank); <http://s522097707.online.de/biorabwr.htm> [Stand 24.11.2021]; Internet Portal Westfälische Geschichte. https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/nstopo/stnam/Begriff_223.html [Stand 9.12.2021].

6.15. Thea Arnold

Geboren am 11.12.1882 in Fulda, gestorben am 26.1.1966 in Düsseldorf.

Kein Bild

Lehrerin; nach dem Besuch der Höheren Mädchenschule in Fulda und des Lehrerinnenseminars in Duderstadt legte Arnold 1901 in Hannover die Prüfung für Volksschulen, 1911 in Koblenz die Prüfung für mittlere und höhere Schulen und 1912 zunächst für Rektoren an Volksschulen, dann für Rektoren an mittleren und höheren Schulen ab.

Seit 1902 unterrichtete sie an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen in Königstein im Taunus, Bensheim an der Bergstraße, Graach an der Mosel, Trier und Düsseldorf. 1919 wurde sie Volksschulrektorin in Düsseldorf. Während dieser Zeit hielt sie sich mehrmals zu Studienzwecken in England und Frankreich auf und belegte Fortbildungsseminare in Pädagogik und Psychologie an der Universität Köln. 1949 schied Arnold aus dem Schuldienst aus. Neben ständiger Mitarbeit im Deutschen Roten Kreuz, dessen Ehrenvorsitzende sie in Düsseldorf wurde, war sie führend in Frauenausschüssen tätig.

Arnold war Stadtverordnete im Düsseldorfer Stadtparlament und Mitglied zahlreicher Ausschüsse. Seit der Wiedergründung der Zentrumspartei nach 1945 war sie Mitglied dieser Partei.

Mitglied des Bundestags:

1949-1953 gehörte Arnold als Abgeordnete der Zentrumspartei dem Bundestag mit einem Mandat der Landesliste Nordrhein-Westfalen an. Am 14.12.1951 wechselte sie die Fraktion und wurde Mitglied der Föderalistischen Union. Seit 9.12.1952 gehörte sie keiner Fraktion mehr an. Arnold war Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Fragen des Gesundheitswesens (bis 20.12.1952), bis März 1952 Stellvertretendes, danach bis 20.12.1952 Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen und von März bis zum 20.12.1952 Stellvertretendes Mitglied des Petitionsausschusses. Bei der Bundestagswahl 1953 kandidierte Arnold erfolglos für die Gesamtdeutsche Volkspartei, 1957 für den Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 22f.

6.16. Hermann Götz

Geboren am 20.5.1914 in Duppau (Bez. Karlsbad, Böhmen), gestorben am 21.4.1987 in Fulda.

Katholisch; Jurist, Verwaltungsbeamter; Götz legte am Humanistischen Gymnasium in Duppau 1933 das Abitur ab und war seit 1928 in katholischen Jugendorganisationen tätig.



Hermann Götz Foto: Privat

Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Deutschen Universität Prag, das er 1938 mit der Promotion zum Dr. jur. abschloss, war er zunächst in einem Anwaltsbüro tätig, dann in der Industrie und in der Sozialfürsorge. 1939-1945 nahm er bei der Luftwaffe am Zweiten Weltkrieg teil. 1945-1946 zu Zwangsarbeit in Innerböhmen verpflichtet, wurde Götz im Oktober 1946 aus dem Sudetenland ausgewiesen. Seit 1947 Angestellter des Landratsamtes in Biedenkopf, wurde er 1949 Leiter des Soforthilfeamtes. Er war Flüchtlingsvertrauensmann sowie Vorsitzender des Kreisverbandes der Heimatvertriebenen und Mitglied des Kreisflüchtlingsausschusses in Biedenkopf. Er hatte die Geschäftsführung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung inne.

1948 zog Götz in den Kreistag von Biedenkopf ein und wurde Vorsitzender der CDU-Fraktion. Er gehörte dem Vorstand des CDU-Landesverbandes Hessen an und war Vorsitzender des CDU-Landesausschusses für Vertriebene und Flüchtlinge sowie des Ausschusses für Fragen der äußeren und inneren Sicherheit.

Mitglied des Bundestags:

In den 1. und 2. Deutschen Bundestag wurde Götz über die CDU-Landesliste Hessen gewählt. In der 3.-7. Wahlperiode vertrat er mit einem Direktmandat den Wahlkreis 134 (Fulda) im Bundestag. In der 5.-7. Wahlperiode (1965-76) war er Vorsitzender des Arbeitskreises IV (Sozial- und Gesellschaftspolitik, bis 1969 Sozialfragen) der CDU/CSU-Fraktion. In der 1. und 2. Wahlperiode engagierte er sich als Ordentliches, in der 3. und 4. Wahlperiode als Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Heimatvertriebene. In der 1. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Finanzen und Steuerfragen (zwischenzeitlich von Dezember 1950 bis Februar 1952 Stellvertretendes Mitglied) und des Ausschusses für Beamtenrecht. Als Stellvertretendes Mitglied gehörte er dem Unterausschuss betr. Dokumentendiebstahl im Bundeskanzleramt (seit Januar 1952) und dem Ausschuss zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes (seit März 1953) an. In der 2. Wahlperiode arbeitete er als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität und im Ausschuss für Finanz- und Steuerfragen mit und war Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit. In der 2. Wahlperiode gehörte er als Stellvertretendes, in der 3.-5. Wahlperiode als Ordentliches Mitglied dem Haushaltsausschuss an (bis Juli 1968). In der 2. Wahlperiode war er Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Verteidigung und des Finanzausschusses, in der 4. Wahlperiode des Ausschusses für Kriegsoffer und Heimkehrerfragen, in der 4. und 5. Wahlperiode des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt, in der 5. Wahlperiode des Vermittlungsausschusses (seit September 1968). Von 1965 bis 24.10.1968 hatte Götz den Vorsitz des Unterausschusses „Bundesnachrichtendienst/Förderung des Informationswesens“ des Rechnungsausschusses inne. In der 5. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Sozialpolitik (seit Juli 1968), in der 6. Wahlperiode des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, dem er in der 7. Wahlperiode als Stellvertretendes Mitglied angehörte.

In der 6. Wahlperiode war er Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses gem. Art. 45 des Grundgesetzes, in der 7. Wahlperiode des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit und des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gem. Art. 44 des GG.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 270; Deutsches Ärzteblatt, Heft 23 vom 6. Juni 1974, S. 1782.
<https://www.aerzteblatt.de/archiv/165202/Dr-Hermann-Goetz-MdB-60-Jahre> [Stand 9.12.2021].

6.17. Anton Sabel

Geboren am 15.10.1902 in Neuwied, gestorben am 5.1.1983 in Fulda.

Katholisch; Schreiner, Gewerkschaftsfunktionär, Verwaltungsbeamter. Sabel erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Schreinerhandwerk und wanderte als Handwerksgeselle durch Deutschland, Österreich, die Schweiz und Italien. Er engagierte sich im gewerkschaftlichen Zentralverband christlicher Holzarbeiter.



1926-1933 war er hauptamtlich Bezirksleiter und Landesjugendleiter der Christlichen Gewerkschaften im Gebiet Hessen und Hessen-Nassau. Vor 1933 gehörte er der Zentrumsparterie an. 1933 wurde er Fürsorger bei der Caritas in Frankfurt am Main. Seit 1941 nahm er am Zweiten Weltkrieg teil. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 übernahm Sabel als Oberregierungsrat die Leitung des Arbeitsamtes in Fulda. 1957-1968 war er Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg. Sabel war Mitbegründer der CDU. Er erhielt 1956 das Große Verdienstkreuz mit Stern, 1967 mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Mitglied des Bundestags:

Von 1949 bis zur Niederlegung des Mandats am 16.9.1957 vertrat Sabel den Wahlkreis 9 bzw. 134 (Fulda) im Bundestag. In der 1. und 2. Wahlperiode hatte er den Vorsitz des Ausschusses für Arbeit inne. In der 1. Wahlperiode engagierte er sich als Ordentliches Mitglied im Ausschuss zur Beratung des Personalvertretungsgesetzes (seit März 1953) und war Stellvertretendes Mitglied des Wahlrechtsausschusses (seit März 1953). Dem Ausschuss für Verkehrswesen gehörte er in der 1. und 2. Wahlperiode als Stellvertretendes Mitglied an. Außerdem war er in der 2. Wahlperiode Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Fragen der Wiedergutmachung (seit März 1953). 1957 über die CDU-Landesliste Hessen gewählt, lehnte Sabel das Mandat ab.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 715; Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin.

6.18. Anton (Valentin) Storch

Geboren am 1.4.1892 in Fulda, gestorben am 26.11.1975 in Fulda.

Katholisch; Tischler, Gewerkschaftsfunktionär. Storch, Sohn eines Heizers und Maschinisten, wuchs mit fünf Geschwistern in einfachen Verhältnissen auf. Seine Mutter starb 1901, sein Vater nach einem Arbeitsunfall 1904. Storch lebte bis zum Ende seiner Volksschulzeit 1906 in einem Waisenhaus. Bis 1909/1910 in Fulda zum Tischler ausgebildet, trat er nach dem Ende der Lehrzeit dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter und dem Katholischen Gesellenverein, 1912 dem Windthorstbund bei.



1910-1914 war er als Tischlergeselle u. a. in Kassel, Essen, Köln, Bern, Paris und Gent tätig. 1914-1918 nahm er als Fahrer bei einer Munitionskolonie des Reservefußartillerieregiments am Ersten Weltkrieg teil. Seit 1918 wieder Tischler in Ahlen, schloss er sich der Zentrumsparterie an und war 1920-1933 hauptamtlicher Angestellter des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter, 1920-1921 in Koblenz, danach bis 1933 in Hannover. 1931-1933 hatte er den Vorsitz des Dachverbandes der christlichen Gewerkschaften für die Provinz Hannover inne. 1933 aus seinen Ämtern entlassen, war Storch bis 1939 Versicherungsvertreter und wurde 1939-1945 zur Feuerschutzpolizei Hannover dienstverpflichtet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete er zunächst wieder als Tischler und beteiligte sich im November 1945 an der Gründung der CDU sowie der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover. Im Dezember 1945 wurde er deren Sekretär und leitete 1946-48 die sozialpolitische Abteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Britischen Zone. Storch war 1966-1970 Präsident der Gemeinschaft katholischer Männer in Deutschland. 1947-1948 gehörte Storch dem Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet an. Er wurde Vorsitzender des Überwachungsausschusses und war vom 20.8.1948 bis 1949 Direktor der Verwaltung für Arbeit des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt am Main. 1949-1957 war er als Vertreter der Arbeitnehmergruppe in der CDU/ CSU-Fraktion Bundesminister für Arbeit. Er war an der Gestaltung des Übergangs von Zwangs- in die Soziale Marktwirtschaft beteiligt, trug zur Neuregelung der Kriegsopferversorgung und zur Verabschiedung des Gesetzes über die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie (1951) bei und setzte die Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung durch (Rentenreform 1957). In Storchs Amtszeit wurden die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg sowie das Bundesarbeitsgericht und das Bundessozialgericht in Kassel gegründet. 1954 erhielt Storch das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. U.a. veröffentlichte er: Neue Wege der deutschen Sozialpolitik. In: Die Ortskrankenkasse 32 (1950) Heft 9, S. 301-307. – Soziale Selbstverwaltung im demokratischen Staat unter besonderer Berücksichtigung des Einigungswesens. Berlin 1952 (Diskussionsbeitrag Anton Storchs, S. 37-46). – Von der Sozialpolitik zur Sozialreform. In: Soziale Sicherung durch Neuordnung des Eigentums. Augsburg 1953, S. 18-28. – Anton Storch In: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 2. Boppard am Rhein 1983, S. 314-344.

Mitglied des Bundestags:

In der 1.-4. Wahlperiode (1949-65) vertrat Storch den Wahlkreis 6 bzw. 28 (Osnabrück-Stadt und -Land) im Bundestag. Er engagierte sich in der 3. Wahlperiode als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und im Ausschuss für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen. In der 3. Wahlperiode war Storch Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Sozialpolitik und in der 4. Wahlperiode des Ausschusses für Arbeit.

Mitglied des Europäischen Parlaments:

Von 1958 bis Dezember 1965 gehörte Storch dem Europäischen Parlament an, in dem er zunächst als zweiter Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses wirkte, seit 1962 als Vorsitzender dieses wie des Ausschusses für Gesundheitsschutz.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 852f. Hans Günter Hockerts: Anton Storch (1892-1975). In: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 4. Hrsg. von Jürgen Aretz, Rudolf Morsey und Anton Rauscher. Mainz 1980, S. 250-266. – Hans Günter Hockerts: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957. Stuttgart 1980; Bundesarchiv, B 145 Bild-P003647 / CC BY-SA 3.0 DE, CC BY-SA 3.0 de. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=68714680> [Stand 10.12.2021].

6.19. Eckhard (Friedrich Werner) Reith

Geboren am 15.5.1919 in Fulda.

Evangelisch; Arzt. Nach der Reifeprüfung 1938 an der Liebig-Oberrealschule in Darmstadt studierte Reith Theologie in Bethel und Göttingen sowie Medizin in Leipzig, Tübingen und Frankfurt. Während des Studiums nahm er zwischen 1939 und 1945 als Soldat am Zweiten Weltkrieg teil und studierte nach Kriegsende weiter. 1949 legte er das Staatsexamen ab und wurde 1950 mit der Arbeit „Untersuchung über den Wurmbefall mit Ascariden an Schulkindern der Orte Seeheim und Jugenheim an der Bergstraße“ zum Dr. med. promoviert.



Er war mehrere Jahre Assistent an verschiedenen Krankenhäusern und vorübergehend wissenschaftlicher Mitarbeiter im Außendienst bei der Firma Röhm & Haas in Darmstadt. 1955 ließ er sich als praktischer Arzt in Birkenau (Odenwald) nieder.

1946 trat Reith in die CDU ein. Er wurde Mitglied des CDU-Kreisvorstandes Darmstadt-Land. Reith war Mitglied des Gemeinderates in Seeheim, seit 1956 des Gemeinderates in Birkenau.

Mitglied des Bundestags:

In der 3. Wahlperiode (1957-1961) gehörte Reith mit einem Mandat der CDU-Landesliste Hessen dem Bundestag an. Er war Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Gesundheitswesen, des Ausschusses für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen und des Ausschusses für Atomenergie und Wasserwirtschaft. Als Stellvertretendes Mitglied gehörte er dem Ausschuss für Kulturpolitik und Publizistik an.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 679.

6.20. Cläre Schmitt, geb. Fauz

Geboren am 18.4.1915 in Koblenz, gestorben am 19.9.2008.

Katholisch; Unternehmerin. Schmitt studierte nach dem Besuch des Realgymnasiums in Koblenz mehrere Jahre in England und Frankreich; verh. (1937).

Schmitt arbeitete anschließend im eigenen Industrie- und Handelsunternehmen in Fulda.



1945 trat sie in die CDU ein. Sie war Vorstandsmitglied des Kreis- und Bezirksverbandes Fulda, Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses und Delegierte der hessischen Landesversammlung der CDU. 1946 wurde sie Mitglied des Stadtrates in Fulda. 1957 gründete sie die Frauenunion in Fulda, wo sie die ersten zehn Jahre Vorsitzende war. 1999 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz. Ihr zentrales politisches Thema waren die Belange der Frau, "und zwar Fragen der verheirateten und der ledigen Frau, der Hausfrau und der berufstätigen Frau

Mitglied des Bundestags:

In der 3. Wahlperiode (1957-1961) war Schmitt mit einem Mandat der CDU-Landesliste Hessen Mitglied des Bundestages. Sie war die 65. weibliche Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Schmitt engagierte sich als Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und bis Januar 1959 im Petitionsausschuss. Darüber hinaus war sie Stellvertretendes Mitglied des Außenhandelsausschusses, bis März 1958 Ordentliches, danach Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Mittelstandsfragen.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 764.

6.21. Wendelin Enders

Geboren am 20.10.1922 in Langenberg (Rhön), gestorben am 23. April 2019 in Petersberg.

Katholisch; Gymnasiallehrer. Enders besuchte die Staatliche Aufbauschule in Fulda, meldete sich nach der Reifeprüfung freiwillig zum Arbeitsdienst und war 1941 bis 1945 Soldat (zuletzt Leutnant der Reserve). Seit 1945 studierte er Geographie, Biologie und Geschichte für das Lehramt in Göttingen und Marburg. Er war ein Jahr Ältester der Philosophischen Fakultät und stellvertretender Ältester der Universität Marburg. 1950 wurde Enders mit der Arbeit „Die Oberflächenform der Rhön“ in Marburg zum Dr. phil. promoviert, wo er auch das Staatsexamen für das Lehramt an Höheren Schulen ablegte.



In den folgenden Jahren unterrichtete Enders Geographie, Geschichte, Sozialkunde und Biologie an Schulen in Fulda, Bieberstein und Bensheim. 1964 wurde er Oberstudienrat am Pädagogischen Fachinstitut in Fulda.

1964-1969 war Enders Mitglied des SPD-Ortsvorstandes in Petersberg und Fraktionsvorsitzender in der dortigen Gemeindevertretung. Er engagierte sich im kulturpolitischen Ausschuss des SPD-Bezirks Hessen Nord.

Mitglied des Bundestags:

Am 9.5.1967 rückte Enders über die Landesliste Hessen für den ausgeschiedenen Abgeordneten Edwin Zerbe in den Bundestag nach, dem er bis 1987 angehörte. In der 6.-9. Wahlperiode vertrat er den Wahlkreis 130 (Hersfeld); 1983 wurde er über die Landesliste Hessen gewählt. In der 5. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Petitionsausschusses (seit Juni 1967), des Ausschusses für Kriegs- und Verfolgungsschäden (seit Dezember 1967) und des Ausschusses für das Bundesvermögen (seit November 1967, davor seit Juni 1967 Stellvertretendes Mitglied), in der 6. Wahlperiode des Haushaltsausschusses (bis April 1971) und des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (von April 1970 bis Juni 1972 Stellvertretendes Mitglied). In der 7. Wahlperiode gehörte er bis November 1973 als Ordentliches, danach als Stellvertretendes Mitglied dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen und als Stellvertretendes Mitglied dem Sportausschuss an. In der 7. und 8. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft, in der 9. und 10. Wahlperiode des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. 1971 wurde er Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 179f.; Osthessisches SPD-Urgestein Dr. Wendelin Enders verstorben. In: Osthessen-Zeitung vom 24.04.2019 (Foto: SPD-Unterbezirk Fulda).

6.22. Hanna Walz, geb. Kegel

Geboren am 28.11.1918 in Templin, gestorben am 17.12.1997 in Fulda.

Evangelisch; Staatswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Journalistin, Bibliothekarin. Walz, Tochter eines Pfarrers, studierte ab 1937 Staats- und Rechtswissenschaften in Tübingen und Berlin und legte 1940 das Staatsexamen ab. 1940-1943 arbeitete sie als wissenschaftliche Assistentin an der Universität Berlin, nach dem Zweiten Weltkrieg in der Redaktion des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“. 1941 hatte sie den Theologen Dr. Hans Hermann Walz geheiratet, mit dem sie drei Kinder hatte. 1948 wurde sie mit einer Arbeit über Martin Luther in Tübingen zur Dr. jur. promoviert. 1950-1954 war sie Bibliothekarin am Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf.



Seit 1954 in Fulda ansässig, engagierte sie sich dort seit 1956 als CDU-Stadtverordnete kommunalpolitisch, widmete sich als CDU-Abgeordnete im Hessischen Landtag (1958-1969) vor allem der Kultur- und Hochschulpolitik und war 1967-1979 stellvertretende Vorsitzende der Landespartei. Sie war von 1970 bis 1973 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union (WEU). Walz erhielt 1973 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und 1979 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 1978 das Große Bundesverdienstkreuz, 1982 die Wilhelm-Leuschner-Medaille und 1984 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. 1959 war sie Mitglied der 3., 1964 der 4., 1969 der 5., 1974 der 6. und 1979 der 7. Bundesversammlung. U.a. veröffentlichte sie: „Was wir zu verteidigen haben. In: Ein Leben für die Politik? Briefe an jüngere Mitbürger. Hrsg. von Sonja Schmid-Burgk. Freiburg im Breisgau 1988, S. 147-154.

Mitglied des Bundestags:

In der 6.-8. Wahlperiode (1969-1980) gehörte Walz, jeweils über die CDU-Landesliste Hessen gewählt, dem Bundestag an. In der 6. Wahlperiode engagierte sie sich als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft, dem sie in der 7. Wahlperiode als Stellvertretendes Mitglied (von Dezember 1974 bis Juni 1976) angehörte. Von Dezember 1969 bis 1973 war sie (Stellvertretendes) Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union an. In der 8. Wahlperiode war sie Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie.

Mitglied des Europäischen Parlaments:

1973 bis 1984 war Walz Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 1978 bis 1984 war sie Vorsitzende des Ausschusses für Energie und Forschung.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 920.

6.23. Günther Wuttke

Geboren am 7.12.1923 in Breslau, gestorben am 11.2.2002 Fulda.

Maschinenbauarbeiter, Angestellter. Nach der Volksschule absolvierte Wuttke eine Lehre als Maschinenbauer und erhielt eine Refa-Ausbildung. 1941-1945 nahm er am Zweiten Weltkrieg teil. Danach war er technischer Angestellter der Deutschen Bundespost, u. a. am Fernmeldeamt Fulda. Dort wurde er Personalratsvorsitzender.



Wuttke übte verschiedene Funktionen in der Deutschen Postgewerkschaft und im Deutschen Gewerkschaftsbund aus. Er gehörte dem Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost an und war Sozialrichter bzw. Beisitzer beim Verwaltungsgericht. 1971 wurde Wuttke Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Fulda und 1973 Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Nord. Bis 1973 war er in der Stadtverordnetenversammlung in Fulda Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Bauausschusses.

Mitglied des Bundestags:

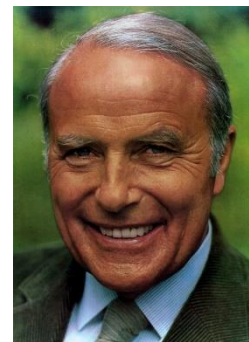
In der 6.-9. Wahlperiode (1969-1983) gehörte Wuttke, jeweils über die SPD-Landesliste Hessen gewählt, dem Bundestag an. In der 6. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (bis Dezember 1969). Seit 1969 war er zunächst Stellvertretendes, seit Januar 1970 Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen). Diesem Ausschuss gehörte er auch in der 7. Wahlperiode (zunächst Stellvertretendes Mitglied, seit Juni 1974 Ordentliches Mitglied) sowie in der 8. und 9. Wahlperiode an (in der 9. Wahlperiode: Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen). In der 7. Wahlperiode war er bis Juni 1974 Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie. Als Stellvertretendes Mitglied gehörte er in der 6. und 9. Wahlperiode dem Haushaltsausschuss, in der 7. (seit Juni 1974) und 8. Wahlperiode dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen an.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 980.

6.24. Alfred Dregger

Geboren am 10.12.1920 in Münster (Westfalen), gestorben am 29.6.2002 in Fulda.

Katholisch; Jurist, Verwaltungsbeamter. Als Sohn des Verlagsdirektors Alfred Dregger verbrachte Dregger seine Jugend auf dem Bauernhof der Mutter Aenne Dregger, geb. Sachse, bei Soest. Er besuchte das humanistische Marien-Gymnasium in Werl, wo er 1939 die Abiturprüfung ablegte. Anschließend leistete er Kriegsdienst, zuletzt als Hauptmann und Bataillonskommandeur in Schlesien. Die häufigen intellektuellen Rückbezüge auf diese Zeit während seiner politischen Laufbahn sowie sein besonderes Interesse für Sicherheitspolitik zeigen den prägenden Einfluss dieser Jahre für Dreggers Persönlichkeit. Nach dem Weltkrieg studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Tübingen und Marburg, wo er 1950 mit einer Arbeit über „Haftungsverhältnisse bei der Vorgesellschaft“ promoviert wurde. Aus der 1952 mit der Diplomvolkswirtin Dagmar Hillenheinrichs geschlossenen Ehe gingen drei Söhne hervor.



Im Anschluss an die Große Juristische Staatsprüfung 1953 arbeitete er zwei Jahre als Referent des BDI-Hauptgeschäftsführers Gustav Stein. Von 1956 bis 1970 war Dregger Oberbürgermeister und Kämmerer der Stadt Fulda. In dieser Funktion gehörte Dregger von 1960 bis 1970 auch dem Präsidium des Deutschen Städtetages an, dem er Präsident er von 1965 bis 1967 als Präsident, von 1967 bis 1970 als Vizepräsident vorstand. Nebenamtlich war er von 1970 bis 1983 auch als Vorstandsmittglied der Überlandwerk Fulda AG tätig.

1962-1972 war Dregger CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag; 1968-1970 war er dort stellvertretender Vorsitzender, 1970-1972 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Im Dezember 1967 wurde er zum CDU-Landesvorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede formulierte er das Ziel, die CDU in Hessen zur stärksten Partei zu machen. Dieses Projekt verfolgte Dregger bis zur Niederlegung des Parteivorsitzes 1982 mit hartem Konfrontationskurs gegen SPD und FDP. Wenngleich die CDU unter seiner Führung bereits 1974 stärkste Partei in Hessen wurde, scheiterte er doch bis 1982 viermal als Spitzenkandidat mit dem Ziel, die Landesregierung zu übernehmen. Nachdem er bereits seit November 1969 dem Bundesvorstand der CDU angehört hatte, wuchs seine bundespolitische Rolle in den folgenden Jahren aufgrund beeindruckender Wahlerfolge der hessischen CDU. 1977 wurde er stellvertretender CDU-Parteivorsitzender (bis 1983) und CDU-Präsidiumsmitglied.

Dregger erhielt 1970 das Bundesverdienstkreuz, 1977 das Große Bundesverdienstkreuz, 1980 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern (1980), 1984 das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband (1984) und 1985 das Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. 1985 wurde er mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen, 1989 mit dem Schlesierschild und 1990 mit dem Konrad-Adenauer-Freiheitspreis ausgezeichnet.

In Partei, Landtag und Bundestag engagierte sich Dregger insbesondere auf den Gebieten der Innen-, Sicherheits- und Vergangenheits- / Identitätspolitik. Sein politisches Denken und Handeln war geprägt von der Dichotomie „Freiheit oder Sozialismus“ und der Wahrnehmung einer kommunistischen Bedrohung der Freiheit, weswegen er viele der gesellschaftlichen Reformvorhaben und -bewegungen der siebziger Jahre ablehnte. Nicht zuletzt Dreggers Votum führte dazu, dass sich die CDU 1971 gegen die paritätische Mitbestimmung aussprach. Folgerichtig unterstützte Dregger in der CDU/ CSU die von Franz Josef Strauß in den siebziger Jahren propagierte strikte Oppositionsstrategie. Innenpolitisch vertrat Dregger einen Law-and-Order-Standpunkt. Bis zum

Zusammenbruch des Ostblocks hielt er die enge militärische Bindung Deutschlands an die USA und das Gleichgewicht der atomaren Abschreckung mit der Sowjetunion für die einzige Möglichkeit, die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten. Demgemäß trat er für den NATO-Doppelbeschluss und die amerikanischen SDI-Pläne ein. 1987 sprach er sich gegen die sog. doppelte Null-Lösung bei atomaren Mittelstreckenraketen aus, weil durch sie eine atomare Bedrohung Deutschlands entstehe, und er intervenierte mit einem Besuch bei Präsident Reagan gegen das Konzept der discriminate deterrence. Darüber hinaus entwickelte er Pläne für eine europäische Sicherheitsunion, die er dem „Aktionskomitee für Europa“ („Monnet-Komitee“) unterbreitete, dessen sicherheitspolitische Arbeitsgruppe er leitete. Auch bemühte er sich um ein „unverkramptes“ Verhältnis zur deutschen Vergangenheit. Dregger erklärte, man dürfe die deutsche Geschichte nicht auf die zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduzieren, und wandte sich dagegen, den 8. Mai 1945 ausschließlich als „Tag der Befreiung“ zu begreifen. In vielen Stellungnahmen betonte er, die Vertreibung der Deutschen im Osten sei ein Verbrechen und durch nichts zu rechtfertigen. Im April 1984 erklärte er in einem Brief an die amerikanischen Senatoren, die sich gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg ausgesprochen hatten, den Wehrmachtssoldaten dürfe nicht die Ehre verweigert werden.

U.a. veröffentlichte er: Systemveränderung. Brauchen wir eine andere Republik? Stuttgart 1972; Freiheit in unserer Zeit. Reden und Aufsätze. Zusammengestellt von Günter Reichert. München / Berlin 1980; Der Preis der Freiheit. Sicherheitspolitik im geteilten Europa. München 1986; Der Vernunft eine Gasse. Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze. Zusammengestellt von Klaus Hoff. München 1987; Einigkeit und Recht und Freiheit. Beiträge zur deutsch-europäischen Einheit. München 1993; Mein Blick nach vorn. Hrsg. von Markus Berger und Klaus Hoff. Würzburg 2000.

Mitglied des Bundestags:

Anders als bei der Wahl 1969 nahm Dregger sein Mandat für den Deutschen Bundestag 1972 an. In der 7. Wahlperiode wurde er über die Landesliste Hessen, in der 8.-12. Wahlperiode im Wahlkreis 134 bzw. 132 (Fulda) gewählt. In der 7.-9. Wahlperiode war er Stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses (bis Oktober 1982), in der 7. Wahlperiode auch des Verteidigungsausschusses, in der 8. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses und in der 9. Wahlperiode des Ausschusses für Wirtschaft (bis Oktober 1982). Im Ausschuss Deutsche Einheit engagierte er sich in der 11. Wahlperiode als Ordentliches Mitglied (seit Mai 1990). 1976 wurde Dregger stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion; 1982 löste Helmut Kohl als Fraktionsvorsitzender ab. 1991 gab er dieses Amt an Wolfgang Schäuble weiter und wurde Ehrenvorsitzender der Fraktion. Zur Bundestagswahl 1998 trat Dregger nicht mehr als Direktkandidat in seinem Wahlkreis Fulda an, nachdem die Mehrheit des CDU-Kreisvorstandes sich gegen seine erneute Kandidatur ausgesprochen hatte.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 157f.; Frank von Auer: Alfred Dregger - Ein kritisches Porträt. Berlin 1974; Felicitas Schäfer: Der Führer der „Stahlhelm-Fraktion“. Ein Porträt des CDU-Fraktionschefs Alfred Dregger. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 30 (1985), S. 1356-1366; Günther Bading: Gefragt: Alfred Dregger. Bornheim 1990; Günter Reichert, Dieter Weirich und Werner Wolf (Hrsg.): Alfred Dregger Streiter für Deutschland. Berlin 1991. Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin; Bundesarchiv, B 145 Bild-F041436-0018 (Engelbert Reineke). CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5456355> [Stand 10.12.2021].

6.25. Barbara Weiler

Geboren am 17.9.1946 in Düsseldorf.

Sachbearbeiterin. Weiler besuchte die Handelsschule, erwarb 1963 die Mittlere Reife, besuchte danach das Abendgymnasium und hielt sich von 1965 bis 1967 zum Sprachstudium in England auf.

Zwischen 1965 und 1985 arbeitete sie als kaufmännische Angestellte in Industriebetrieben (als Sachbearbeiterin, Chefsekretärin, Prokuristin). Von 1985 bis 1987 war sie Geschäftsführerin der SPD im Kreis Fulda.



Seit 1962 in der Ostermarschbewegung tätig, trat Weiler 1970 in die SPD ein. 1972 bis 1981 war sie Vorstandsmitglied im Ortsverband, 1974 bis 1979 im Unterbezirk und bei den Jungsozialisten und 1977 bis 1985 bei der Arbeitsgemeinschaft für Bildung. Von 1991 bis 1995 war sie Mitglied des hessischen Landesvorstandes der SPD. 1971 wurde sie Bürgervertreterin und war von 1975 bis 1985 Stadtverordnete in Willich (Kr. Viersen). Von 1971 bis 1984 war Weiler Mitglied der Industriegewerkschaft Metall. 1984 schloss sie sich der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen an. Sie wurde Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und des Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter. Von 1977 bis 1980 war sie Jugendschöffin.

Mitglied des Bundestags:

1987 und 1990 wurde W. über die SPD-Landesliste Hessen in den Bundestag gewählt. In beiden Wahlperioden engagierte sie sich als Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, in der 12. Wahlperiode seit November 1993 auch im EG-Ausschuss. Sie war in beiden Wahlperioden Stellvertretendes Mitglied des Petitionsausschusses, in der 11. Wahlperiode des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, in der 12. Wahlperiode des Ausschusses für Fremdenverkehr und des Sonderausschusses „Schutz des ungeborenen Lebens“. Am 14.8.1994 legte sie ihr Bundestagsmandat nieder.

Mitglied des Europäischen Parlaments:

1994 übernahm sie ein Abgeordnetenmandat für das Europäische Parlament, dem sie bis 2014 angehörte. Weiler wurde 1994 Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Sie war zudem Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN) sowie Stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Japan. Von 2009 bis 2014 war sie Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, im Sonderausschuss gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche und in der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN). Des Weiteren war sie als Stellvertretendes Mitglied im Haushaltskontrollausschuss und in der Delegation für die Beziehungen zur Koreanischen Halbinsel tätig.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 930; Barbara Weiler. In: SPD-Unterbezirk Fulda.

<https://www.spd-fulda.de/personen/barbara-weiler/> [Stand 10.12.2021].

6.26. Norbert Herr

Geboren am 28.5.1944 in Fulda, gestorben am 14.1.2021.

Katholisch; Gymnasiallehrer, Verwaltungsbeamter. Herr bestand 1963 das Abitur am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Fulda und studierte von 1963 bis 1969 an der Universität Frankfurt am Main Geschichte, Politische Wissenschaft und Geographie für das Lehramt an Gymnasien. 1969 legte er das Erste Staatsexamen, 1970 die Erweiterungsprüfung in Geographie und 1974 das Zweite Staatsexamen ab. 1975 wurde er mit der Arbeit „Fulda und Osthessen. Ein Beitrag zur Methodik der zentralörtlichen Bereichsgliederung“ zum Dr. phil. promoviert.



Im selben Jahr wurde er Oberstudienrat am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Fulda. 1989 bis 1990 war er stellvertretender Leiter des Ministerbüros im Hessischen Kultusministerium. Nebenberuflich als Dirigent ausgebildet, war Herr seit 1976 auch als Orchesterleiter tätig. 1981-1994 war Herr Kreisvorsitzender des Philologenverbandes in Fulda.

1971 trat Herr in die Junge Union und die CDU ein. Bis 1980 war er Vorsitzender der Jungen Union des Bezirks Osthessen und Mitglied des hessischen Landesvorstandes. Er wurde Mitglied des Kreis- und des Stadtverbandsvorstandes der CDU Fulda, außerdem des Kulturpolitischen Ausschusses der CDU Hessen. 1977 in den Kreistag von Fulda gewählt, übernahm er dort den stellvertretenden Vorsitz der CDU-Fraktion. 1995 wurde er Mitglied des Hessischen Landtages.

Mitglied des Bundestages:

11.11.1993-1994; Landesliste Hessen; CDU; Nachrücker für den verstorbenen Abgeordneten Richard Bayha.

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 335; Norbert Herr in: Abgeordnetenwatch.de. <https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/norbert-herr> [Stand 10.12.2021].

6.27. Barbara Imhof geb. Schulze

Geboren am 15.8.1952 Offenbach am Main.

Diplomsozialpädagogin, Verbandsfunktionärin, Erzieherin. Imhoff. besuchte das Gymnasium, schloss das Studium der Sozialpädagogik mit dem Diplom ab und wurde Kreisgeschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Fulda.

Sie ist Mitglied der AWO und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, des Vereins „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“ zur Förderung der Integration Behinderter und der Kinderakademie Fulda. 1989 trat sie in die SPD ein und wurde Ortsvereinsvorsitzende in Künzell. Sie war Mitglied im SPD-Unterbezirksvorstand sowie Schatzmeisterin im SPD-Stadtverband Fulda.



Mitglied des Bundestages:

Über die Landesliste Hessen gehörte Imhof von 1994 bis 2002 sowie von Juli bis Oktober 2005 dem Bundestag an. Sie war bis 1998 stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Petitionen der SPD-Fraktion sowie Sprecherin der AWO-Parlamentariergruppe der SPD-Fraktion. In der 13. Wahlperiode gehörte Imhof als Ordentliches Mitglied dem Petitionsausschuss und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. In der 14. Wahlperiode war sie Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und des Ausschusses für Gesundheit sowie Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Ausschusses für Tourismus.

Quelle: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 376. Barbara Imhof. In: Deutscher Bundestag. Webarchiv – Abgeordnete 15. Wahlperiode. <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb15/bio/I/imhofba0.html> [Stand 10.12.2021].

6.28. Martin Hohmann

Geboren am 4.2.1948 in Fulda.

Katholisch; verheiratet; drei Kinder. 1966 Abitur am humanistischen Gymnasium in Fulda; 1967 bis 1968 Wehrdienst (Major der Reserve); 1969-1976 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main. 1976 legte er das Erste, 1979 das Zweite Juristische Staatsexamen ab. Von 1980 bis 1984 arbeitete er als Jurist im Bundeskriminalamt, zuletzt als Kriminaloberrat in der Abteilung Terrorismus. Von 1984 bis 1998 war er hauptamtlicher Bürgermeister der Heimatgemeinde Neuhof.



1980 trat Hohmann in die CDU ein. 1990 wurde er Mitglied des Kreisvorstandes der CDU in Fulda, 1994 Mitglied des Rechts- und Verfassungsausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Mitglied des Bundestags:

1998-2005 vertrat H. den Wahlkreis 132 (Fulda) im Bundestag. Er war Ordentliches Mitglied des Petitionsausschusses und des Innenausschusses sowie Stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses.

2017-2021 wurde Hohmann über die AFD-Landesliste Hessen erneut in den Bundestag gewählt. In dieser Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Haushaltsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechnungsprüfungsausschusses sowie Stellvertretendes Mitglied des 1. Untersuchungsausschusses des Verteidigungsausschusses gemäß Artikel 45a Abs. 2 GG ("Beraterverträge").

Quellen: Vierhaus, Rudolf/Herbst, Ludolf (Hrsg.) (2002). Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages. München: Saur, S. 358. Martin Hohmann. In: Deutscher Bundestag. Webarchiv – Abgeordnete 19. Wahlperiode <https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19?url=L3dlYmFyY2hpdj9hYmdl3jkbmV0ZS9iaW9ncmFmaWVuMTkvSC9ob2htYW5uX21hcnRpci01MjA0ODY=&mod=mod525246&dir=ltr> [Stand 23.11.2021].

6.29. Michael Brand

Geboren am 19.11.1973 in Fulda.

Evangelisch; verheiratet; drei Kinder. 1994 Abitur an der Winfriedschule Fulda; 1994 bis 1995 Wehrdienst; 1995 Studium der Politischen Wissenschaften, Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität Bonn, dort 2001 Abschluss des Studiums „Magister Artium“ (1997 bis 1998 Auslandsstudium in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina).



1995 bis 2000 European Balkan Institute Bonn; 1996 bis 2000 journalistische Tätigkeit im In- und Ausland; 2000 bis 2001 Pressesprecher der Jungen Union Deutschlands Berlin; 2001 bis 2005 Pressesprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und Pressesprecher der CDU Hessen in Wiesbaden.

Seit 1993 Mitglied der CDU. Seit 2005 Mitglied des Kreistages im Landkreis Fulda.

Mitgliedschaften: Malteser Hilfsdienst, Kolping, Vorsitzender Hospiz-Förderverein „LebensWert“ Fulda; Fuldaer Karnevalsgesellschaft; Gesellschaft für bedrohte Völker; Förderverein Florenberg; Freunde und Förderer der Hochschule Fulda; Beirat Kinder-Akademie Fulda; Stiftungsrat „Point-Alpha-Stiftung“, Kuratorium Aktion Deutschland hilft“; Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD; Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (alles ehrenamtlich).

Sprachen: Englisch, Französisch, Bosnisch.

Mitglied des Deutschen Bundestag:

Seit 2005; Wahlkreis 176 (Fulda); CDU/CSU; Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Hessen.

Quelle: Michael Brand. In: Deutscher Bundestag. Abgeordnete – 20. Wahlperiode. <https://www.bundestag.de/abgeordnete#url=L2FiZ2VvcnRuZXRL2Jpb2dyYWZpZW4vQi9icmFuZF9taWNoYWVsLTg1NzE4NA==&mod=mod862712&dir=ltr> [Stand 10.12.2021].

6.30. Birgit Kömpel

Geboren am 19.12.1967 in Fulda (Hessen).

Katholisch; verheiratet, zwei Kinder. Höhere Handelsschule; Kauffrau; Weiterbildung im Personalmanagement.

Verschiedene Führungspositionen im Personalbereich (überregional) in der internationalen Hotellerie (Steigenberger, Hilton, Ramada Hotels und Inter-Continental Hotels); seit 1994 selbstständige Personalberaterin für die internationale Hotellerie bei haystax executive recruitment, Vermittlung von Managementpersonal für Hotellerie und Tourismus.



Seit 2007 SPD-Mitglied; seit 2007 Gemeindevertretung Eichenzell; seit 2016 stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereins Eichenzell; Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Fulda. Seit 2016 Mitglied des Kreistages Fulda (stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion).

Zahlreiche Mitgliedschaften in Vereinen; Vorsitzende im Partnerschaftsverein „Grenzenlos“ Eichenzell.

Mitglied des Deutschen Bundestags:

2013-2017; Landesliste Hessen; SPD; Ordentliches Mitglied des Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales und des Haushaltsausschusses.

Quelle: Birgit Kömpel. In: Deutscher Bundestag. Webarchiv. Abgeordnete – 18. Wahlperiode.

<https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien18?url=L3dlYmFyY2hpdj9hYmdl3JkbnV0ZS9iaW9ncmFmaWVuMTgvSy9rb2VtcGVsX2JpcmdpdC0yNTg2MTA=&mod=mod440460&dir=ltr>
[Stand 23.11.2021].

6.31. Martin Rabanus

Geboren am 2.9.1971 in Fulda (Hessen).

Katholisch; verheiratet, zwei Kinder. 1977 bis 1981 Grundschule Marbach (Kreis Fulda); 1981 bis 1987 Rabanus-Maurus-Schule (Domgymnasium) in Fulda (Altsprachliches, Neusprachliches, Sportwissenschaftliches Gymnasium); 1987 bis 1989 Wighbertschule (Neusprachliches Gymnasium) in Hünfeld (Kreis Fulda); Sommer 1989 Abbruch des Schulbesuchs; 1991 bis 1993 Marianum in Fulda (katholisches Gymnasium in kirchlicher Trägerschaft); Sommer 1993 Allgemeine Hochschulreife; 1990 bis 1991 Zivildienst in Wiesbaden (Arbeiterwohlfahrt, Mobiler Sozialer Hilfsdienst); Oktober 1993 bis Juli 1998 Politologie-Studium an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main (Wahlpflichtfach: Rechtswissenschaften, erstes Wahlfach Soziologie, zweites Wahlfach Geschichtswissenschaften), Abschluss Diplom.



1994 Landesgeschäftsführer der Hessischen Schülervertretung; 1994 bis 1998 persönlicher Mitarbeiter des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Staatsminister a.D. Armin Claus; 1998 bis 1999 Mitarbeiter der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, zuständig für allgemeine externe Kontakte, Event-Management und interne Koordination; seit 1999 Referent der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, zuständig für die Bereiche Schule und Kultur, Wissenschaft und Kunst.

Verwaltungsratsmitglied im Jugendbildungswerk Rheingau-Taunus; Mitglieder der Betriebskommission des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus; Mitglied im Vorstand der Volkshochschule Rheingau-Taunus; Mitglied im Förderverein der Silberbachschule Wehen; Mitglied des Fördervereins Gymnasium Taunusstein; Alumni des Fachbereichs 03 der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main; Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Wehen; Mitglied der Spaß- und Kerbegesellschaft Wehen; Mitglied KickMit e.V., des Fördervereins des SV Neuhof; Schriftführer im Wissenschaftsforum Hessen e.V.

1990 bis 1991 Mitarbeit bei den Jusos Wiesbaden; 1991 bis 1993 Mitarbeit im Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten in Fulda; 1993 Eintritt in die SPD; 1993 bis 1996 Mitarbeit bei den Jusos in Wiesbaden in unterschiedlichen Funktionen; Mitarbeit bei der SPD Wiesbaden in unterschiedlichen Funktionen; 1996 wegen der bevorstehenden Geburt der Tochter aus allen Ämtern ausgeschieden; 1997 bis 1998 Mitglied in der Initiativgruppe Jugendpolitik der SPD-Landtagsfraktion; 1998 Koordination der Arbeitsgruppe Ausbildung der SPD-Landtagsfraktion; 1998 bis 1999 Mitwirkung bei der Koordination und Organisation des Landtagswahlkampfes der hessischen SPD; 2000 Mitarbeit bei der SPD-Wehen, der SPD Taunusstein und der SPD Rheingau-Taunus; 2000 bis 2002 Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Hessen e.V.; seit 2001 Mitglied des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises; schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Kreistag; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (MfB) der SPD-Rheingau-Taunus; Mitglied im Arbeitskreis Hochschulpolitik beim Landesverband; Mitarbeit bei der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Hessen-Süd und Hessen; Bezirksdelegierter, Landesdelegierter, 2001 bis 2003 Mitglied im Vorstand der SPD-Wehen; 2001 bis 2007 Mitglied im Vorstand der SPD Rheingau-Taunus; 2002 bis 2003 Vorsitzender der SPD Taunusstein; 2005 Kandidatur für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg; seit 2006 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion des Rheingau-Taunus-Kreises; Bundesdelegierter; seit 2007 bis 2017 Vorsitzender der SPD im Rheingau-Taunus-Kreis; 2009 Kandidatur für den Deutschen Bundestag im Wahlkreis Rheingau-

Taunus/Limburg; seit 2009 Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Hessen e.V.; seit 2011 kooptiertes Mitglied im Vorstand der MB Hessen-Süd; seit 2014 Mitglied im Bundesvorstand der AFB der SPD.

Mitglied des Deutschen Bundestages;

2013-2021; Landesliste Hessen; SPD. In der 18. Wahlperiode war Rabanus Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie seit 2017 Vorsitzender der SADC-Parlamentariergruppe. In der 19. Wahlperiode war er Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien (seit 2018; Obmann) sowie Stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (von 2018 bis 2019 Ordentliches Mitglied) und des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Von 2018 bis 2021 war er kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2018 war Rabanus Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für Politische Bildung, des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", des Verwaltungsrats der Deutschen Nationalbibliothek und der Filmförderungsanstalt sowie Vorsitzender der Parlamentariergruppe südliches Afrika. Seit 2019 war er Stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Welle, seit 2021 auch des Stiftungsrats der "Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte".

Quelle: Martin Rabanus. In: Deutscher Bundestag. Webarchiv. Abgeordnete – 19. Wahlperiode.

<https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien19?url=L3dlYmFyY2hpdj9hYmdl3JkbnV0ZS9iaW9ncmFmaWVuMTkvUi9yYWJhbnVzX21hcnRpb01Mjl3NjA=&mod=mod525246&dir=ltr> [Stand 23.11.2021]; Martin. Rabanus. In: Deutscher Bundestag. Webarchiv. Abgeordnete – 18. Wahlperiode. <https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete/biografien18?url=L3dlYmFyY2hpdj9hYmdl3JkbnV0ZS9iaW9ncmFmaWVuMTgvUi9yYWJhbnVzX21hcnRpb0yNTg4OTA=&mod=mod440460&dir=ltr> [Stand 23.11.2021].

6.32. Jürgen Lenders

Geboren am 20.4.1966 in Krefeld.

1983 Ausbildung zum Kaufmann im Elektrohandwerk; 1987 Abschluss mit Auszeichnung; 1988 Grundwehrdienst.

1989 Angestellter im Ausbildungsbetrieb; 1990 Angestellter Fa. Ladenbau Niederrhein GmbH; 1994 Existenzgründung Fa. Licht + Concept GmbH in Fulda, seitdem Geschäftsführender Gesellschafter.



Seit 1995 Mitglied der FDP; Gründungsvorsitzender des Kreisverbands der Jungen Liberalen Fulda; Kreisvorsitzender der FDP Fulda; Bezirksvorsitzender der FDP Nordost-Hessen; 2003 bis 2011 Stadtverordneter in Fulda und Vorsitzender der FDP-Fraktion; 2008 bis 2021 Abgeordneter im Hessischen Landtag, dort 2009 bis 2019 Schatzmeister der FDP-Fraktion, 2014 bis 2019 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, 2015 bis 2021 Parlamentarischer Geschäftsführer; 2012 Mitglied der 15. Bundesversammlung; 2017 bis 2021 stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Hessen; Bundesvorstandsmitglied LiSL FDP Deutschland.

Mitglied des Deutschen Bundestages:
Seit 2021; Landesliste Hessen; FDP.

Quellen: Jürgen Lenders. In: Deutscher Bundestag. Abgeordnete – 20. Wahlperiode. <https://www.bundestag.de/abgeordnete#url=L2FiZ2VvcnRuZXRL2jpb2dyYWZpZW4vTC9sZW5kZXJzX2p1ZXJnZW4tODYwNzgw&mod=mod862712&dir=ltr> [Stand 23.11.2021].